

## 1. Kinder in der Grundschule brauchen ein allseitiges Bildungsangebot

FDP/DVP	SPD	GRÜNE	CDU
<p>Die Bedeutung der grundlegenden Bildung in der GS wird gesehen. Erhöhung der Kontingenzstundentafel auf 102 mitgetragen. D und M stärken, Fächerverbünde auflösen, andere Fächer eigenständig stärken. Späterer Beginn der Fremdsprache ab Klasse 3 zugunsten Stärkung des Anfangsunterrichts in D war richtig. Keine weitere Schwächung des Fremdsprachen-U. Verlässliche Stunden zur Förderung in D und M. Flächendeckender Ausbau des islamischer Reli-U. und Ethik ab Klasse 1. Früh einsetzende Medienbildung unerlässlich. GTS sowohl gebunden als auch offen mit U. am Vormittag, frei wählbare Angebote am Nachmittag.. Eltern wählen frei für ein Halbjahr bzw. ein Schuljahr.</p>	<p>GS stärken, Augenmerk auf Übergang Kita-GS. (s. 8-Punkte-Plan für eine starke GS), Einrichtung einer Enquête-Kommission (Bildungsungleichheit vermindern, bestmögliche Förderung jedes Kindes bei wachsender Heterogenität, Steigerung der Leistungsfähigkeit, Sicherstellung von Betreuungs- und Unterrichtsversorgung)</p>	<p>Qualität der GS weiter stärken. (Grundkennennisse in Lesen, Schreiben und Rechnen). Darauf baut ganzheitliches und allseitiges Lernen auf. Einsatz multiprofessioneller Teams, die Kinder gemeinsam vielfältig fördern. Wichtiger Beitrag dazu: GTS</p>	<p>Jedes Kind soll seinen Platz im Schulsystem finden. Nicht allen das Gleiche, sondern das Richtige. Übergänge erfolgreich gestalten. Flächendeckend Förderung der GS-Förderklassen. Kleine GS erhalten. Fokus auf den Grundfähigkeiten Lesen, Rechnen Schreiben, motorische und soziale Bildung.</p>

## 2. Kinder in der Grundschule brauchen ein kindergerechtes Leistungskonzept

FDP/DVP	SPD	GRÜNE	CDU
<p>Sowohl Unterstützung und Förderung von individuellen Lernfortschritten und Leistungen als auch Einfordern von festgelegten Leistungszielen. Bildung ist umfassend zu begreifen. Noten unverzichtbare Form der Rückmeldung. Können durch individuelle verbale Rückmeldungen ergänzt aber nicht ersetzt werden. GSE verbindlich, muss allerdings überprüft werden können. Aufnahmeprüfung, sofern GSE die Schulart nicht vorsieht. Ergänzung durch qualifizierte Beratungsangebote für Eltern und verbindliche Eltern-Lehrer-Gespräche.</p>	<p>Mehr individuelle Förderung notwendig. Forderung 8 Poolstunden dazu an die GS. Kontingenzstundentafel kann weiter ausgebaut werden. Erhöhung der Stunden für VKL. GS benötigen zusätzliche Ressourcen. Reine Umschichtungen (wie im Bereich Fremdsprache, D) dabei wenig hilfreich.</p>	<p>Leistungsbegriff neu denken, differenzierte Leistungsbewertung statt reiner Ziffernnoten. „Gleiche Leistung - gleiche Note“ bleibt erhalten. Durch Differenzierung sollen SuS ihre Stärken in die Leistungsüberprüfung einbringen. Wechsel auf Sek-Schulen: qualifizierte Elternberatung und Verantwortung der Eltern. Ablehnung verbindliche GSE</p>	<p>Das bw Schulsystem konsequent an Qualität und Leistungsfähigkeit ausrichten. GS braucht päd. Feingefühl und kindergerechte Vermittlung von Bildungsinhalten. Übergang Sek-Bereich: Über- bzw. Unterforderung vermeiden. Eltern beraten. GSE den weiterführenden Schulen vorlegen. Ziel: verbindliche GSE. Entscheidung wird durch Beratungsverfahren und qualifizierte Beratungslehrkräfte unterstützt.</p>

### 3. Kinder in der Grundschule brauchen anregungsreiche Lernumgebungen

FDP/DVP	SPD	GRÜNE	CDU
<p>Passende, gepflegte Räum, die auch in der Ausstattung auf der Höhe der Zeit sind, sind wichtig. Schulbauförderung des Landes in Schieflage. Auch Neubau und Erweiterung sollten bezuschusst werden. GMS ist aktuell dabei im Vorteil, andere Schularten gingen leer aus. Das hat sich jetzt geändert, auch die anderen Schulen werden unterstützt. Bei Baumaßnahmen aller Art muss eine Verzahnung mit der Digitalisierung der Schulen vorgenommen werden. FDP will starke Anreize schaffen, damit kommunale Schulträger ihre Schulgebäude aufgabengerecht ausstatten, pflegen und modernisieren. Dies gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft. Kurze Beine, kurze Wege - kleine, ortsnahe GS erhalten. Wahlfreiheit für den Ganzttag, Zur Möglichkeit der Kooperation mit außerschulischen Partnern sollen Schulen ein Kooperationsbudget erhalten.</p>	<p>GTS 2014 unter Stoch im Schulgesetz verankert. Verstanden als Bildungszeit, nicht nur Betreuung. GTS braucht qualitativ-hochwertiges, rhythmisiertes Angebot. Ziel: individuelle Förderung, vielseitige Lernangebote, Stärkung der Persönlichkeit und des sozialen Miteinanders, so dass Erfahrungsräume für Demokratie ist. 2025 mind. 50% GTS. Dabei Verdoppelung der Entlastungsstunden für SL. S. Positionspapier GTS</p>	<p>Schule muss durch ansprechende Räumlichkeiten zum Lern- und Lebensort werden. Besonders für GTS. Qualität des Rhythmisierten Ganztags stärken, Einbeziehung von außerschulischen Partnern dadurch ganzheitliches Angebot. Gesundheitsförderung in Schulen verankern. Ausgewogene Ernährung. Landesweite Kampagne für gesundes Essen in Mensen und Kantinen.</p>	<p>Kinder im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Ziel ist, deren Unterschieden gerecht zu werden. Bildung unterstützt auch die Persönlichkeitsentwicklung. Kreative Anregungen und motivierendes Lernen entscheidend als Erfolgsfaktoren zu guter Grundschulbildung.</p>

### 4. Kinder in der Grundschule brauchen eine qualitätsvolle Personalausstattung

FDP/DVP	SPD	GRÜNE	CDU
<p>Bekämpfung des Lehrermangels nötig: Zahl der Studienplätze erweitern, Arbeitsbedingungen verbessern (Arbeitslosigkeit über Sommerferien beenden, Beförderungstau bei Fachlehrkräften und Techn. Lehrkräften abbauen, Quereinstieg verbessern durch Schaffung von Angeboten zur Nachqualifizierung). Schulen möglichst viel Eigenverantwortung bei Personalausbau. Dazu verlässliches Personalbudget: 100% Pflichtunterricht + X in Abhängigkeit der jeweiligen Schulart. Bedarf kennen und vorausberechnen. Dazu: umfassende Bedarfserhebung. Daraus folgend eine transparente, auskömmliche und verlässliche Ressourcenausstattung ermöglichen. Derzeit keine Ressourcen für Höhergruppierung der Lehrkräfte der GS. Aber: Lehrkräfte, die besondere Tätigkeiten wahrnehmen sollen Zulage erhalten. Spezielle Weiterbildungsangebote an GS, dafür erhält jede GS ein Weiterbildungsbudget. Schulleitung durch Schulassistenten und Systemadministratoren von Verwaltungsaufgaben entlasten und Erhöhung der Leitungszeit (wenn dies nicht zu Lasten der Unterrichtszeit geht)</p>	<p>Lehrkräftemangel beheben, Versorgungsgrad auf mindestens 106% erhöhen. Stellenstreichungen rückgängig machen. Gymnasiallehrkräfte ohne Stellenangebot in die GS. Anderweitig eingesetzte Lehrkräfte zurück an die GS. Berufsbild GS muss attraktiver werden. Höhere Einstufung muss mit Zuwachs an Qualität und entsprechender Qualifizierung einher gehen. Inhalte des Lehramtsstudiengangs an Anforderungen der GS anpassen (Inklusion, Integration Geflüchteter, GTS). Studienzeit muss diesen Inhalten entsprechen. Folge derer Verlängerung: Anpassung der Besoldung. Anpassung der Arbeitszeitverordnung an aktuelle Herausforderungen. Ständige Mehrarbeit abbauen. Arbeitszeitverordnung wichtiger Bestandteil einer besseren Personalplanung mit Orientierung an den tatsächlichen Bedarfen. Präsenzzeiten an den Schulen reflektieren mit Orientierung nicht am Deputat sondern an Wochen- oder Jahresarbeitszeit. Feste Arbeitsplätze und Ruheräume an Schulen insbesondere an GTS.</p>	<p>In der laufenden Legislatur 820 zusätzlich Deputate eingerichtet, Kontingentsstudenten erhöht, vier Stunden für Förderangebote eingerichtet. Zusätzlich 400 Studienplätze für GS eingerichtet. Besoldung aller Schulleitungen der GS soll auf A13 angehoben werden.</p>	<p>Zahl der GS-Studienplätze erhöht. Zu prüfen, ob das ausreicht. Muss ggfs. weiter ausgebaut werden. Qualifizierungsprogramm für 5.000 HWRS-Lehrkräfte aufgelegt. Wird bedarfsgerecht weitergeführt.</p>

## 5. Kinder in der Grundschule brauchen eine inklusive Schule

FDP/DVP	SPD	GRÜNE	CDU
<p>Alle Menschen mit Behinderungen oder bes. Förderbedarf sollen bestmögliche Bildung erhalten. Im Mittelpunkt: das Wohl des Kindes. Inklusion bietet mehr Wahlmöglichkeiten. Dazu sind SBBZ zu erhalten und zu stärken. Sie bieten in vielen Fällen das besten Angebot für die Betroffenen. Daneben Inklusion in geeigneten Fällen in den allgemeinbild. Schulen. Derzeit allerdings sind die vorhandenen Ressourcen personell und technisch begrenzt. Bei inklusiven Settings auf Qualität achten. Dazu Zwei-Pädagogen-Prinzip umsetzen. Versorgung mit Lehrkräften sicherstellen mit entsprechender Qualifikation. Zusätzliche Studienplätze für das Lehramt an Sonderpädagogik schaffen, Numerus Clausus darf keine Barriere sein. Gemeinsamer Unterricht muss Gegenstand der allgemeinen Lehrerbildung sein. Barrierefreiheit in den Schulen schaffen, Digitalisierung vorantreiben. Außenklassen der SBBZ sind gutes Modell, weitere sollen eingerichtet werden. Verantwortliche vor Ort sollen regional passende Inklusions-Angebote an SBBZ, Inklusions- und Außenklassen errichten. Regelmäßige, fundierte Berichterstattung zur schulischen Situation von Kindern mit Behinderungen bzw. mit besonderem Förderbedarf sollte erfolgen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Verständnis von Heterogenität als Norm fördern</li> <li>• Die Erarbeitung von „Inklusionsentwicklungsplänen“ an allen Schularten vorantreiben</li> <li>• Landesweit einheitliche Verfahren bei der Feststellung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, Schulwegekonzferenzen und Beratung der Eltern sicherstellen</li> <li>• Die kurzfristige bzw. vorübergehende Monetarisierung von nicht besetzten Lehrstellen ermöglichen</li> <li>• Umsetzung eines Stufenmodells zur besseren Versorgung der Schulen mit sonderpädagogischen Lehrkräften beschließen</li> <li>• Einen Modellversuch zum Aufbau multiprofessioneller Teams an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen durchführen</li> <li>• Eine neue Bedarfsberechnung für sonderpädagogische Lehrkräfte auf Grundlage des Stufenmodells vornehmen und passgenaue Fortbildungen anbieten</li> <li>• Klare Aufgaben für Schulbegleitungen definieren, entsprechende Qualifizierungen vornehmen und die notwendigen Ressourcen bereitstellen</li> <li>• Schulleitungen gezielt bei der Umsetzung der Inklusion unterstützen und sie angemessen ausstatten</li> </ul> <p>Die Rahmenbedingungen für die Einbindung der SBBZ in die regionale Schulentwicklung erarbeiten und veröffentlichen</p>	<p>Bildungspolitik vom Kind aus gedacht. Das Bildungssystem muss individuelle Entwicklungswege und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Mehr Lehrkräfte für Inklusion ausbilden und einstellen. Personalausstattung so verbessern, dass das Zwei-Pädagogen-Prinzip realisiert werden kann. Studienkapazität erhöhen, berufsbegleitende Qualifizierung ausbauen. Alle Schulen müssen sich für Inklusion öffnen. Dazu in jedem SSA-Bezirk Zeitplan erstellen.</p>	<p>Für jedes Kind mit Behinderung oder sonderpäd. Unterstützungsbedarf die jeweils beste Lösung finden. Eltern haben die Wahl zwischen SBBZ und allgemeinbild. Schule. Bedarfsgerechtes Bildungsangebot in der frühkindlichen Förderung schaffen. Neben SBBZ weiterer Ausbau sonderpädagog. geschulter Personen für inklusive Settings, weitere Stärkung des niederschweligen sonderpädagog. Dienstes.</p>

6. Kinder brauchen längeres gemeinsames Lernen

FDP/DVP	SPD	GRÜNE	CDU
<p>Vielfältiges und differenziertes Schulsystem erhalten. Ein Einheitsschulsystem auch ein zwangsweise verordnetes Zwei-Säulen-System bedeutet das Aus für erfolgreiche Schularten wie die Haupt-/Werkrealschule, die Realschule oder die beruflichen Vollzeitschulen. Dies macht Chancen zunichte, die das diff. Schulsystem bietet. Die Durchlässigkeit des diff. Schulsystems muss gewährleistet sein. Schulen brauchen einen über Regierungswechsel hinweg verlässlichen Rahmen. Dazu Kraftakt für weltbeste Bildung in BW notwendig. Bestandteile: Bestandsschutz für bestehende Schularten und verlässliche, auskömmliche und fair berechnete Ausstattung und Finanzierung aller Schularten ohne Privilegierungen oder Zurücksetzungen. Entscheidungen über Ausgestaltung werden vor Ort getroffen. Wiedereinführung der verbindlichen GSE. Die weiterführenden Schulen entscheiden in eigener Verantwortung über die von der GSE abweichende Bewerbung. Kultur des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten ist zum Wohle der Kinder notwendig. Dazu kurze Wege der Kontaktaufnahme und feste Formen der Kontaktpflege (verbindliche L-Eltern-Gespräche). Stellung zur GMS weiter skeptisch, sollen jedoch (Schulfrieden) nicht abgeschafft werden. Bedingungen der GMS den der übrigen weiterführenden Schulen anpassen (Angleichung Klassenteiler, keine weiteren Oberstufen). Genehmigte Oberstufen müssen sich einer Evaluation unterziehen. Noten und Nichtversetzung wieder einführen, Klassen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus bilden.</p>	<p>Modernes Schulsystem mit zwei Säulen: integrierte Schulform (HS-Abschluss, mittlere Reife, Abitur) und Gymnasium (8 oder 9 Jahre). GMS bietet beste Blaupause für die integrierte Schulform. Diese Ansätze fortschreiben, Ausstattung der Schulen anpassen. Mehr Anreize für andere Schulen, um mit heterogener Schülerschaft umzugehen. Entsprechende Weiterbildungsangebote notwendig.</p>	<p>Alle SuS sollen bestmöglichen Bildungsabschluss erhalten. Bildungsarmut (und damit oft auch materielle Armut) ist zu verhindern. Ursache: frühe Sortierung der SuS im gegliederten Schulsystem. GMS lebt längeres gemeinsames Lernen und fördert alle SuS bestmöglich.</p>	<p>Das gegliederte Schulsystem wird den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der SuS gerecht. Zahlreiche Möglichkeiten des Übergangs und des Anschlusses sind zu erhalten. Das befördert die zentralen Aspekte Qualität und Leistung.</p>